

Positionspapier Europapolitik

Die Jungfreisinnigen bekennen sich zum Europarat und dessen menschenrechtlicher Basis, der EMRK. Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte soll jedoch bei seiner Entscheidungsfindung das Subsidiaritätsprinzip stärken berücksichtigen.

Die Jungfreisinnigen unterstützen das Prinzip der Personenfreizügigkeit und lehnen Eingriffe in den liberalen Arbeitsmarkt wie Kontingente oder flankierende Massnahmen ab.
Für die Schweiz sind gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten wichtig. Wir fordern deshalb:

- für EU-Bürger höhere Leistungsanforderungen für den Zugriff auf den Sozialstaat.
- keine Übernahme der Unionsbürgerschaft.
- dass die Einwanderung aus Drittstaaten auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichtet wird.
- die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf weitere Länder unter der Voraussetzung, dass diese vom Sozialstaat ausgeschlossen sind.

Die Jungfreisinnigen befürworten eine Weiterentwicklung der bilateralen Verträge unter Berücksichtigung folgender Punkte:

- Das Volk muss bei der Übernahme von EU-Recht das letzte Wort haben.
Die automatische Rechtsübernahme wird kategorisch abgelehnt.
- Es darf keine automatische Kündigung der bilateralen Verträge resultieren.
Eine Kündigung kann nur durch einen expliziten Entscheid einer Vertragspartei zustande kommen.
- Auslegungsprobleme sollen, wie bei bilateralen Verträgen unter gleichberechtigten Partnern üblich, durch einen gemischten Ausschuss, der zu gleichen Teilen mit Vertretern der EU und der Schweiz besetzt ist, bereinigt werden. Eine Auslegung durch den Europäischen Gerichtshof lehnen wir strikt ab.
- Einseitige Befugnisse der EU Straf- oder Zwangsmassnahmen (Ausgleichsmassnahmen) gegen die Schweiz zu verhängen, lehnen wir ab.
- Es soll kein Überwachungsorgan etabliert werden, welches laufend die Einhaltung der bilateralen Verträge kontrolliert.

Die aktuelle Umsetzung des Dublinabkommens erachten die Jungfreisinnigen als gescheitert, da die Vertragstreue der Mitgliedsstaaten sehr zu wünschen lässt. Wir befürworten eine Revision des Abkommens, welche mehr Kompetenzen der Asylpolitik an die Mitgliederländer zurückgibt. Wie im Vertragswerk explizit festgehalten, soll endlich konsequent verhindert werden, dass ein Asylbewerber mehr als ein Verfahren im Hoheitsgebiet der Mitgliedsstaaten betreiben kann.

Im Rahmen des Schengenabkommens lehnen die JFS Eingriffe in fundamentale individuelle Freiheitsrechte jeglicher Art ab.

Verschärfungen des Waffenrechts für Zivilpersonen im Rahmen des Schengener Abkommens werden entschieden abgelehnt.

Für die Schweiz wollen die JFS auch in Zukunft eine Sicherheitspolitik, die auf der dauernden Neutralität beruht. Wir lehnen jegliche Bündnisteilnahme, insbesondere im Rahmen einer Beistandspflicht gemäss Lissabonner Vertrag oder der NATO, absolut ab.

Die Jungfreisinnigen fordern klare Verhältnisse bezüglich der Beziehungen zwischen Landesrecht und völkerrechtlichen Verträgen.

Eine Stärkung der EFTA durch Aufnahme von ehemaligen EU Mitgliedsstaaten befürworten wir. Der Abschluss neuer Freihandelsabkommen, sei es via EFTA oder direkt durch die Schweiz, befürworten die Jungfreisinnigen ebenfalls grundsätzlich.